S 6 R 592/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Frankfurt
Sachgebiet	-
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 R 592/17
Datum	04.07.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 R 266/18
Datum	28.09.2021

3. Instanz

Datum	13.04.2022
-------	------------

I.Â Â Â Die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Frankfurt am Main vom 4. Juli 2018 wird zurÃ¼ckgewiesen.Â

II.Â Â Â Die Beteiligten haben einander auch fÃ¼r das Berufungsverfahren keine Kosten zu erstatten.

III.Â Â Â Die Revision wird nicht zugelassen.

â

Tatbestand

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die GewÃ¤hrung einer hÃ¶heren Altersrente unter Anerkennung von weiteren Pflichtbeitragszeiten wegen BeschÃ¤ftigung.

Der 1952 geborene KlÃ¤ger beantragte im Jahr 1984 die GewÃ¤hrung einer Rente wegen ErwerbsunfÃ¤higkeit. Ausweislich des Antragsvordruckes gab er an, in der Zeit von 1966 bis 1969 eine Kellnerlehre absolviert sowie sich von 1969 bis 1970 in Israel aufgehalten und in einem Kibbuz gearbeitet zu haben. Von 1970 bis 1980 habe er teilweise als Kellner und BÃ¼rohilfe gearbeitet, sei jedoch auch fÃ¼r lÃ¤ngere ZeitrÃ¤ume arbeitsunfÃ¤hig erkrankt und arbeitslos gewesen. Ausweislich

des Versicherungsverlaufes sind f¼r den Kläger aufgrund der Versicherungskarte 01 Pflichtbeitragszeiten vom 1. April 1966 bis 20. Juli 1969, aufgrund der Versicherungskarte 02 Pflichtbeitragszeiten vom 15. Juli 1969 bis 15. August 1969, aufgrund der Versicherungskarte 01 Pflichtbeitragszeiten vom 1. Oktober 1970 bis 31. Dezember 1970 und 1. März 1971 bis 31. Dezember 1971 und aufgrund der Versicherungskarte 03 ab 1. Januar 1972 verzeichnet. Der Kläger bezog seit dem 1. November 1984 eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit auf Dauer.

Seit dem 1. Juli 2017 bezieht der Kläger aufgrund Bescheides der Beklagten vom 6. Juni 2017 eine Regelaltersrente. Gegen diesen Bescheid legte der Kläger am 3. Juli 2017 Widerspruch ein und trug vor, dass der Zeitraum von September 1969 bis September 1970 als rentenrechtliche Zeit zu ber¼cksichtigen sei. Er habe sich von September 1969 bis einschließlich September 1970 f¼r 13 Monate in einem Heim des kirchlichen Heimtrgers C. (Zweiganstalt D.) in K-Stadt (Niedersachsen) aufgrund einer Unterbringungsanordnung des zuständigen Jugendamtes aufgehalten. Während des Aufenthalts habe er f¼r den Heimträger Arbeit verrichten m¼ssen, ohne Arbeitsentgelt zu erhalten. Mit Widerspruchsbescheid vom 19. Oktober 2017 wies die Beklagte den Widerspruch zur¼ck.

Rentenrechtliche Zeiten ergäben sich aus [ 54 Abs. 1](#) Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI), Beitragszeiten aus [ 55 Abs. 1 Satz 1 SGB VI](#). Danach seien Pflichtbeitragszeiten auch solche Zeiten, f¼r die zwar kein Beitrag gezahlt worden sei, f¼r die Pflichtbeiträge nach besonderen Vorschriften jedoch als gezahlt gelten. Die von ehemaligen Heimkindern geleistete Arbeit könne nicht als rentenrechtliche Beitragszeit angerechnet werden. Der Heimträger habe keine Beiträge gezahlt, auch habe kein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis im Sinne des [ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI](#) vorgelegen, da es sich nicht um ein freiwilliges Beschäftigungsverhältnis gehandelt habe. Heimkindern sei es nicht möglich gewesen, nicht zu arbeiten. Die im Rahmen der Unterbringung erbrachten Leistungen, wie Kost und Logis, stellten kein beitragspflichtiges Arbeitsentgelt dar.

Hiergegen hat der Kläger am 6. November 2017 Klage zum Sozialgericht Frankfurt am Main erhoben. Er hat vorgetragen, dass die rechtswidrige Einschränkung von Grundrechten nicht ber¼cksichtigt worden sei. Seine Beschäftigung während des Heimaufenthaltes sei als Beitragszeit zu werten. Der Kläger hat wörtlich beantragt,

- 1) festzustellen, dass die Monate September 1969 bis September 1970 als Beitragszeiten gelten;
- 2) festzustellen, dass die Beitragszeit von September 1969 bis September 1970 bereits 1984 bei der Berechnung bzw. Bewilligung der Erwerbsunfähigkeitsrente hätte ber¼cksichtigt werden m¼ssen;
- 3) festzustellen, dass es in der C.-ler Anstalt D. Zwangsarbeit gegeben habe. Mit Schriftsatz vom 5. Februar 2018 hat der Kläger seine Klage dahingehend erweitert,
- 4) den Rentenbescheid bez¼glich der Erwerbsminderungsrente von 1984 zu berpr¼fen.

Das Sozialgericht hat durch Gerichtsbescheid vom 4. Juli 2018 die Klage

abgewiesen. Zur Begründung hat das Sozialgericht ausgeführt, dass der Kläger eine Altersrente, bei deren Berechnung der Zeitraum von September 1969 bis September 1970 als rentenrechtliche Beitragszeiten berücksichtigt werde, begehre. Dieses Klageziel könne er mit einer Anfechtung des Rentenbescheides einerseits und einer Leistungsklage bzgl. einer derart berechneten Altersrente erreichen. Streitgegenständlich hinsichtlich des Klageantrags zu 1) sei daher der Bescheid vom 6. Juni 2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 19. Oktober 2017. Der Kläger habe keinen Anspruch auf eine Rente, bei deren Berechnung der Zeitraum von September 1969 bis September 1970 als rentenrechtliche Zeiten anerkannt werden könne. Der Bescheid vom 6. Juni 2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19. Oktober 2017 sei rechtmäßig und verletze den Kläger nicht in seinen Rechten. Der Zeitraum von September 1969 bis September 1970 im Heim C. stelle keine rentenrechtliche Zeit dar. Für diese Zeiten seien weder freiwillige Beiträge, [Â§ 55 Abs. 1 Satz 1 2. Var. SGB VI](#), noch Beiträge nach Bundesrecht, [Â§ 55 Abs. 1 Satz 1 1. Var. SGB VI](#), geleistet worden. Mangels Meldung eines Beschäftigungsverhältnisses greife die Vermutung gezahlter Beiträge nach [Â§ 199 Abs. 1 SGB VI](#) nicht ein. Die Vermutungsregelung des [Â§ 203 SGB VI](#) greife ebenfalls nicht ein. Hierfür fehle es an einer Zahlung von Arbeitsentgelt an den Kläger. Dieser habe vielmehr selbst vorgetragen, dass er kein Arbeitsentgelt erhalten habe. Vielmehr sei die Weigerung der Arbeit durch körperliche Züchtigung durch die Erzieher bestraft worden. Die einzige Leistung, die der Kläger durch das Heim erhalten habe, seien Nahrung und Unterkunft, Kleidung und sonstige Gegenstände des täglichen Lebens gewesen. Zudem fehle es an einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit, dass von diesen Gegenleistungen Beiträge an die Rentenversicherung für die jeweils untergebrachte Person abgeführt worden seien. Vielmehr sei die Arbeit der Kinder in den Heimen zur damaligen Zeit als nicht versicherungspflichtig angesehen worden (Verweis auf LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 24. Februar 2017, L 8 R 1261/16). Die Beweiserleichterung des [Â§ 286 Abs. 5 SGB VI](#) komme ebenfalls nicht in Betracht. Es fehle bereits an der Glaubhaftmachung der Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung. Der 17 bzw. 18 Jahre alte Kläger sei auf der Grundlage des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1961 in dem Kinderheim C. ohne seine Zustimmung untergebracht gewesen. In der damals vorherrschenden Meinung habe diese Erziehung dazu gedient, den Minderjährigen zu einem brauchbaren und ordentlichen Menschen zu erziehen, in erster Linie, ihn zu gewissenhafter und regelmäßiger Arbeitsleistung anzuhalten (Verweis auf BSG, Urteil vom 30. Januar 1975, [2 RU 200/72](#)). Die Unterbringung habe Erziehung und Erziehung umfasste. Als Ersatzfamilie seien dem Kläger die für das Leben notwendigen Dinge, neben Unterkunft und Verpflegung u.a. Kleidung, zur Verfügung gestellt worden. Zudem sei eine Schulausbildung angeboten worden (Verweis auf LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 24. Februar 2017, L 8 R 1261/16). Der Kläger habe selbst vorgetragen, dass die Berufsschulausbildung grundsätzlich angeboten worden sei, wenn auch nur durch einen Lehrer, und er an diesem Unterricht grundsätzlich teilgenommen habe. Glaubhaft sei, dass der Kläger durch den Heimträger zu Arbeiten herangezogen worden sei, die über die reine Haushaltshilfe hinausgegangen seien. Diese stellten jedoch keine versicherungspflichtige Beschäftigung dar. Das Gericht schließe sich der

ausführlichen Begründung des LSG Baden-Württemberg in dessen Urteil vom 24. Februar 2017 (L 8 R 1261/16) insoweit an. Zwischen dem der staatlichen Fürsorge unterstellten Minderjährigen und der Unterbringungsanstalt fehle es an einem auf freiwilliger Entscheidung beruhenden Arbeitsverhältnis. Insbesondere fehle es an einem Arbeitsentgelt als Gegenleistung für die geleistete Arbeit, da die durch das Heim gewährten Leistungen (Kost, Logis, Gegenstände des Alltags) auch dann angefallen wären, wenn der Kläger sich geweigert hätte, die aufgetragenen Arbeiten auszuführen (Verweis auf LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 9. Juni 2005, L 12 R 2441/04). Die Klageanträge zu 2) bis 4) seien bereits unzulässig. Für die Klageanträge zu 2) und 3) fehle es am besonderen Feststellungsinteresse i.S.d. [§ 55 Abs. 1 SGG](#). Die mit dem Klageantrag zu 2) begehrte Feststellung, dass bereits bei Bewilligung der Erwerbsunfähigkeitsrente der streitgegenständliche Zeitraum als rentenversicherungsrechtlich relevante Zeiten Berücksichtigung finden müssen, decke sich mit dem Begehren des Klägers, welches im Klageantrag zu 4) ausgedrückt werde, den Rentenbescheid bzgl. der Bewilligung der Erwerbsunfähigkeitsrente aus dem Jahr 1984 zu überprüfen. Die Überprüfung dieses Bescheides sei der einfachere Weg, die vom Kläger begehrte Feststellung zu erreichen. Das Feststellungsergebnis fehle ebenso hinsichtlich des Klageantrages zu 3). Denn ob Zwangsarbeit vorgelegen habe, sei bereits inzident im Klageantrag zu 1) bzgl. der Rechtmäßigkeit der Rentenbewilligung und der damit festgestellten Rentenzeiten zu prüfen. Der Klageantrag zu 4) sei unzulässig, da der Rentenbescheid bzgl. der Bewilligung der Erwerbsunfähigkeitsrente bestandskräftig geworden sei. Ein weiteres Verwaltungsverfahren zur Überprüfung des Rentenbescheides nach [§ 44](#) Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) sei nicht durchgeführt worden.

Der Kläger hat gegen den ihm am 11. Juli 2018 zugestellten Gerichtsbescheid am 2. August 2018 Berufung bei dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt eingelegt.

Er ist der Ansicht, dass für ihn weitere Pflichtbeitragszeiten im Zeitraum von September 1969 bis September 1970 wegen seiner Beschäftigung in der Einrichtung D. zu gewähren seien. Er macht geltend, dass er sich in dieser Zeit gegen seinen Willen in diesem einem Heim aufgehalten habe und nicht in Israel. Er habe dort seine Arbeitsleistung aufgrund eines freiwilligen Entschlusses erbracht und als Gegenleistung zumindest ein Taschengeld erhalten. Die damalige Entscheidung, seine Tätigkeit nicht als versicherungspflichtig einzustufen, sei rechtswidrig gewesen.

Der Kläger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Frankfurt am Main vom 4. Juli 2018 aufzuheben sowie den Bescheid vom 6. Juni 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19. Oktober 2017 abzuändern und die Beklagte zu verurteilen, ihm eine höhere Altersrente unter Berücksichtigung der Zeiten von September 1969 bis September 1970 als Beitragszeiten zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Sie ist der Ansicht, dass die BerÃ¼cksichtigung weiterer Pflichtbeitragszeiten wegen BeschÃ¤ftigung nicht in Betracht komme, da weder eine freiwillige BeschÃ¤ftigung vorgelegen habe noch eine Gegenleistung fÃ¼r die TÃ¤tigkeit gewÃ¤hrt worden sei, sondern diese im Rahmen des Erziehungsauftrages durch den HeimtrÃ¤ger angeordnet worden sei. Zudem seien keine BeitrÃ¤ge abgefÃ¼hrt worden.

Der Senat hat die Stiftung C., Diakonie D. und das Jugendamt der Stadt E-Stadt um Auskunft gebeten. Auf deren Antworten vom 26. November 2018, 1. Oktober 2019 und 16. Juli 2020 wird Bezug genommen.

Zum weiteren Sach- und Streitstand wird auf die Gerichtsakte und die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, die Gegenstand der mÃ¼ndlichen Verhandlung gewesen sind.

EntscheidungsgrÃ¼nde

Die Berufung des KlÃ¤gers ist zulÃ¤ssig; sie ist insbesondere form- und fristgerecht eingelegt ([Â§ 155](#) Sozialgerichtsgesetz â SGG).

Die Berufung hat jedoch in der Sache keinen Erfolg. Der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Frankfurt am Main vom 4. Juli 2018 ist nicht zu beanstanden. Der Bescheid vom 6. Juni 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19. Oktober 2017 war nicht abzuÃ¤ndern, denn er ist rechtmÃ¤Ãig und verletzt den KlÃ¤ger nicht in seinen Rechten ([Â§ 54 Abs. 1 Satz 2 SGG](#)).Â

Der KlÃ¤ger hat keinen Anspruch auf die GewÃ¤hrung einer hÃ¶heren Altersrente unter BerÃ¼cksichtigung der Zeiten von September 1969 bis September 1970 als Beitragszeiten.

In diesem Zeitraum sind keine weiteren Beitragszeiten anzuerkennen.Â

Beitragszeiten sind gemÃ¤Ã [Â§ 55 Abs. 1 Satz 1 SGB VI](#) Zeiten, fÃ¼r die nach Bundesrecht PflichtbeitrÃ¤ge (Pflichtbeitragszeiten) oder freiwillige BeitrÃ¤ge gezahlt worden sind. Sowohl PflichtbeitrÃ¤ge als auch freiwillige BeitrÃ¤ge mÃ¼ssen materiell und formell wirksam entrichtet werden, damit die Beitragszeiten ihre Wirkung entfalten kÃ¶nnen. Eine formell und materiell wirksame Beitragszahlung liegt vor, wenn die BeitrÃ¤ge entsprechend ihrer rechtlichen Bestimmung (als freiwillige BeitrÃ¤ge oder PflichtbeitrÃ¤ge) tatsÃ¤chlich gezahlt werden (Flecks in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 3. Aufl., [Â§ 55 SGB VI](#) (Stand: 01.04.2021), Rn. 22).Â

FÃ¼r den KlÃ¤ger wurden im streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum keine BeitrÃ¤ge gezahlt. Weder der zustÃ¤ndige JugendhilfetrÃ¤ger noch der HeimtrÃ¤ger haben BeitrÃ¤ge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt. Der KlÃ¤ger selbst ebenfalls nicht. Die Beitragsentrichtung muss nachgewiesen werden. Ein solcher Nachweis kann vorliegend nicht erbracht werden. Insbesondere ergibt sich die

Beitragsentrichtung nicht aus den Versicherungskarten, die der Beklagten vorlagen. Ausweislich des Versicherungsverlaufs der Beklagten weisen die Versicherungskarten 01 und 02 lediglich Beitragszahlungen vor und nach dem streitigen Zeitraum aus.Ä

Eine Fiktion der Beitragszahlung â□□ entsprechend Â§ 2 Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus BeschÃœftigungen in einem Ghetto (ZRBG) â□□ existiert nicht.

Auch eine Anerkennung als Beitragszeit infolge einer Glaubhaftmachung gemÃœÃ□ [Â§ 286 Abs. 5 SGB VI](#) scheidet vorliegend aus. Nach [Â§ 286 Abs. 5 SGB VI](#) ist eine Beitragszeit anzuerkennen, wenn Versicherte fÃ¼r Zeiten vor dem 1. Januar 1973 glaubhaft machen, dass sie eine versicherungspflichtige BeschÃœftigung gegen Arbeitsentgelt ausgeÃ¼bt haben, die vor dem Ausstellungstag der Versicherungskarte liegt oder nicht auf der Karte bescheinigt ist, und fÃ¼r diese BeschÃœftigung entsprechende BeitrÃœge gezahlt worden sind. [Â§ 286 Abs. 5 SGB VI](#) betrifft BeschÃœftigungszeiten, die vor dem 1. Januar 1973, also vor EinfÃ¼hrung des maschinellen Meldeverfahrens, zurÃ¼ckgelegt worden sind und die entweder vor dem Ausstellungstag der Versicherungskarte liegen oder die aus anderen GrÃ¼nden nicht in der Versicherungskarte vermerkt sind. Voraussetzung ist jedoch, dass die BeschÃœftigung in einer Versicherungskarte einzutragen gewesen wÃ¶re. Welche GrÃ¼nde dazu gefÃ¼hrt haben, dass die BeschÃœftigungszeit nicht in die Versicherungskarte eingetragen wurde, ist unerheblich; es kommt auch nicht darauf an, ob den Versicherten an der Nichteintragung ein Verschulden trifft. Ob eine versicherungspflichtige BeschÃœftigung gegen Arbeitsentgelt ausgeÃ¼bt wurde, richtet sich nach dem im damaligen Zeitraum der ausgeÃ¼bten BeschÃœftigung geltenden Recht. MaÃ¼geblich ist daher, ob die BeschÃœftigung in dem Zeitraum, in dem sie ausgeÃ¼bt wurde und fÃ¼r den die Glaubhaftmachung begehrt wird, nach dem damals geltenden Recht (renten-)versicherungspflichtig war. Die Glaubhaftmachung der Beitragszahlung ist neben der Glaubhaftmachung einer versicherungspflichtigen BeschÃœftigung gegen Arbeitsentgelt unerlÃ¶ssliche Voraussetzung der Anerkennung einer BeschÃœftigungszeit als Beitragszeit i.S.d. [Â§ 286 Abs. 5 SGB VI](#) (BÃ¶ttiger in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 3. Aufl., [Â§ 286 SGB VI](#) (Stand: 01.04.2021), Rn. 31). Der Versicherte hat beide Merkmale, das der AusÃ¼bung einer versicherungspflichtigen TÃ¤tigkeit sowie das der AbfÃ¼hrung von SozialversicherungsbeitrÃœgen hierauf, jeweils glaubhaft zu machen (Bayerisches LSG, Urteil vom 28. Januar 2009, [L 13 R 610/08](#), juris; KassKomm/Wehrhahn SGB VI [Â§ 286](#) Rn. 20). Es handelt sich um zwei untereinander nicht verknÃ¼pfte, voneinander unabhÃ¤ngige Tatbestandsmerkmale, die jeweils gesondert glaubhaft zu machen und von der BehÃ¶rde sowie den Gerichten auch getrennt zu prÃ¼fen sind (LSG fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 22. Mai 2013, [L 18 KN 52/10](#), juris). So muss die AusÃ¼bung einer versicherungspflichtigen BeschÃœftigung nicht zugleich die BeitragsabfÃ¼hrung aus dem daraus erzielten Entgelt bedeuten. Auch gibt es keinen Rechtssatz, wonach eine nachgewiesene BeschÃœftigung die Entrichtung von BeitrÃœgen glaubhaft werden lÃ¶sst (BSG, Urteil vom 17. Dezember 1986, [11a RA 59/85](#), [SozR 5745 Â§ 1 Nr. 2](#); BSG, Urteil vom 7. September 1989, [5 RJ 79/88](#), juris). Ein Verzicht auch auf die Glaubhaftmachung der Beitragszahlung widerspricht

der Gesetzeslage und ist deshalb unzulässig (LSG, Urteil vom Berlin-Brandenburg, 27. Januar 2015, [L 8 R 510/14](#), juris). Eine Tatsache ist gemäß [§ 23 Abs. 1 Satz 2 SGB X](#) dann als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sämtliche erreichbare Beweismittel erstrecken sollen, überwiegend wahrscheinlich ist. Zur Glaubhaftmachung müssen vom Versicherten wenigstens ausreichende positive Indizien für die glaubhaft zu machende Tatsache beigebracht werden.

Der Kläger hat weder eine Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt, die nach damaligen Recht versicherungspflichtig gewesen ist, noch eine Beitragszahlung glaubhaft gemacht.

Zunächst hat der Kläger schon den Zeitraum eines Aufenthaltes in der Einrichtung in D. nicht ausreichend glaubhaft gemacht. Belegt ist nur sein Übergang zum 20. September 1970 in eine weitere Betreuung in dem Jugendheim „F.“ des Ev. H. e.V. in G-Stadt. Denn über diesen Aufenthalt hat der Kläger einen Nachweis in Form einer Beurteilung vom 17. Oktober 1979 vorgelegt. Akten und Unterlagen über den Heimaufenthalt in der Einrichtung in D. existieren weder beim Jugendhilfeträger noch beim Heimträger und konnten auch 2013 schon bei einer Anfrage des bundesweiten Entschädigungsfonds nicht vorgelegt werden. Der Kläger verfügt selbst auch nicht über entsprechende Dokumente. Bei seiner Antragstellung zur Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit 1984 hatte der Kläger keinen Aufenthalt in der Einrichtung in D. angegeben, sondern mitgeteilt, dass er sich in Israel in einem Kibbuz aufgehalten habe. Der Kläger selbst hat auch wenig konkrete Aussagen über seinen Aufenthalt und eine von ihm ggf. verrichtete Tätigkeit gemacht. Seine eher allgemeinen Angaben sind für eine Glaubhaftmachung des Aufenthaltes und erst recht für eine Beschäftigung nicht ausreichend.

Selbst wenn der Aufenthalt jedoch als für den angegebenen Zeitraum gegeben angenommen würde, ergäbe sich lediglich aus der vom Senat recherchierten Literatur (Kraul/Schumann/Elzer/Kirchberg, Zwischen Verwahrung und Forderung, Heimerziehung in Niedersachsen 1949 bis 1975, 2012; Verspätete Modernisierung, Henkelmann/Pierlings/Kaminsky/Swiderek/Banach, Öffentliche Erziehung im Rheinland – Geschichte der Heimerziehung in Verantwortung des Landesjugendamtes (1945 – 1972), 2010; Benad/Schmuhl/Stockhecke, Endstation D., Fürsorgeerziehung in den v. Bodelschwingschen Anstalten C. bis in die 1970er Jahre, 2. Auflage 2011) als allgemeine Tatsache, dass Heimbewohner in Fürsorgejugendheimen zu der hier streitigen Zeit wie Arbeiter Tätigkeiten verrichten mussten, um den Heimbetrieb aufrecht zu erhalten und diesen wirtschaftlich abzusichern. So mussten Hausarbeiten erledigt und diverse handwerkliche Tätigkeiten verrichtet werden. In der Einrichtung D. kamen Tätigkeiten wie Torfstechen hinzu. Sicher lässt sich dieser Literatur auch entnehmen, dass in fast allen Heimen dieser Zeit, erhebliche Strafen und Nachteile zu erfahren waren, wenn Heimbewohner sich weigerten, die Tätigkeiten zu verrichten. Demgegenüber konnten sie bei guter Leistung ein Taschengeld erhalten. Allerdings lässt sich dem Werk „Endstation D.“ entnehmen, dass ab 1969 sich die Ausbildungs- und Erziehungssituation in D. änderte und ein

modernerer Erziehungsansatz verfolgt wurde. Jedoch ließe sich auch ohne Berücksichtigung sich verändernder Verhältnisse in D. ab 1969 unter Heranziehung der Rechtsprechung des BSG zu den Ghetto-Renten (siehe z. B. BSG, Urteil vom 20. Mai 2020, [B 13 R 9/19 R](#), [BSGE 130, 171-199](#), SozR 4-5075 Â§ 1 Nr. 10 m.w.N.) vertreten, dass es sich bei den von den Jugendlichen verrichteten Tätigkeiten um eine Beschäftigung im Sinne des Sozialversicherungsrechts gehandelt hatte, weil sie nicht vollständig unfrei war und ein gewisses Entgelt in Form eines Taschengeldes oder von Sachpremiën erzielt wurde. Gegen eine Arbeitnehmereigenschaft spricht aber, dass auch der Kläger selbst die Beschäftigung in D. als „Zwangsarbeit“ bezeichnet hat. Der Zwangscharakter gehörte zum damaligen Wesen der Heimerziehung, weshalb der Heimträger den Zöglingen regelmäßig nicht als Arbeitgeber, sondern als Organ der Erziehungsbehörde gegenübertrat (vgl. BSG, Urteil vom 30. Januar 1975, [2 RU 200/72](#), juris).“

Ob eine versicherungspflichtige Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt ausgeübt wurde, richtet sich nach dem im streitigen Zeitraum geltenden Recht. Versicherungspflichtig in der Rentenversicherung der Arbeiter bzw. Angestellten waren nach Â§ 1227 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Reichsversicherungsordnung (RVO) und Â§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Angestelltenversicherungsgesetz (AVG) alle Personen, die als Arbeitnehmer bzw. als Angestellte gegen Entgelt oder die als Lehrling oder sonst zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Diese unter der RVO und dem AVG geltenden Regelungen entsprechen dem heute geltenden Recht des in [Â§ 7 Abs. 1 SGB IV](#) definierten Begriffs der „unselbständigen Arbeit“. Hierzu hat das BSG in ständiger Rechtsprechung (vgl. z.B. BSG, Urteil vom 18. Juni 1997, [BSGE 80, 250](#), 252) ausgeführt, ein „nach der RVO bzw. dem AVG versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis“ komme durch Vereinbarung zwischen den Beteiligten zustande. Typisch sei, dass auf beiden Seiten jeweils eigene Entschlüsse zur Beschäftigung vorliegen, die nach dem Modell der Erklärungen bei einem Vertragsschluss geäußert werden. Dies gelte auch für die Abgrenzung zwischen freien und unfreien Beschäftigungen (= Zwangsarbeitsverhältnissen). Frei sei ein Beschäftigungsverhältnis, wenn es aus eigenem Antrieb zu einem Vertragsabschluss gekommen sei. Allerdings setze ein sozialversicherungsrechtliches Beschäftigungsverhältnis nicht notwendig den Abschluss eines Arbeitsvertrages nach zivilrechtlichen Grundsätzen voraus (vgl. [Â§ 7 SGB IV](#)). Gemessen an diesen Kriterien sei eine unter Zwang zustande gekommene und verrichtete Arbeit (z.B. als Strafgefangener oder KZ-Häftling) grundsätzlich nicht als eine Beschäftigung einzustufen, die „nach den Bestimmungen der RVO bzw. des AVG der Versicherungspflicht unterliegen habe“ (BSG, Urteil vom 21. April 1999, [SozR 3-2200 Â§ 1248 Nr. 16](#); BSG, Urteil vom 14. Juli 1999, SozR 3-5070 Â§ 14 Nrn. 2 und 3; BSG, Urteil vom 23. August 2001, SozR 3-2200 Â§ 1248 Nr. 17; BSG, Urteil vom 14. Dezember 2006, [B 4 R 29/06 R](#), juris). Mithin ist das Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses nach dieser benannten Rechtsprechung des BSG von der Freiwilligkeit und der Entgeltlichkeit geprägt. Die Beschäftigung muss aus „eigenem Willensentschluss“ aufgenommen worden sein. Diese Rechtsprechung hat das BSG in seiner Ghetto-Rechtsprechung (teilweise) korrigiert und entschieden, dass auch in einem Ghetto ein auf freiwilliger Basis begründetes Beschäftigungsverhältnis bestanden

haben konnte (beginnend mit BSG, Urteil vom 18. Juni 1997, [BSGE 80, 250](#)). So wurde Zwangsarbeit angenommen, wenn der Betroffene auf Anordnung â von hoher Handâ unter Ausschluss jeder freien Willensbetätigung die Arbeit verrichten musste. Keine Zwangsarbeit lag danach vor, wenn die âhohe Handâ für die Beschäftigungsaufnahme noch irgendeinen Raum für eine freie Willensbetätigung gelassen hatte (BSG, Vorlagebeschluss, 20. Dezember 2007,